

Der Gewerfverein.

Organ des Verbandes der Deutschen Gewerkvereine
und des Deutschen Arbeiterbundes.

Herausgegeben unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände

Dr. Max Hirsch.

Nr. 27.

Berlin, den 3. Juli 1870.

Zweiter Jahrgang.

Aufforderung zum Abonnement.

Beim Beginn des neuen Quartals ersuchen wir recht dringend um schnelle Erneuerung des Abonnements, da laut Centralrats-Beschluß das Abonnementgeld praenumerando, und zwar bis spätestens vor Erscheinen der dritten Nummer des Quartals (bei Monats-Abonnement der zweiten Nummer) entrichtet werden muß, widrigenfalls die Zufendung des Blattes aufhört. — Sollte durch besondere Verhältnisse diese Frist von den Abonnenten nicht innegehalten werden können, so wolle man rechtzeitig, unter Anführung der Gründe, um Stundung nachsuchen, worüber die II. Kommission des Centralrats zu entscheiden hat. Wir ersuchen ferner um eifrige Bemühungen, neue Abonnenten zu gewinnen, da nur bei zahlreichem Abonnement unser Organ seine Aufgabe vollständig erfüllen kann! Die Redaktion.

Der Verbandstag deutscher Gewerkvereine.

In acht Wochen wird der erste ordentliche Verbandstag deutscher Gewerkvereine in Leipzig zusammengetreten, um seine statutenmäßigen Befugnisse zum Besten der Gesamtheit auszuüben. Es wird Zeit, dieser für unsere Vereins-Angelegenheiten so wichtigen Versammlung unsere volle Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Vor allen Dingen ist es erforderlich, sich die Stellung des Verbandstages, seine Rechte und Pflichten genau zu vergegenwärtigen. Da die Verbands-Statuten selbst noch keineswegs in den Händen aller Verbandsgenossen sind, so lassen wir unten die Paragraphen 8—12, welche sich auf den Verbandstag beziehen, wörtlich folgen. Wir knüpfen daran die Bitte, ja wir halten es für eine Pflicht sämtlicher Ortsvereine, mindestens diese wenigen Paragraphen als Einleitung zur Diskussion über den Verbandstag in der nächsten Ortsversammlung zur Vorlesung zu bringen. In der That, wie sollen die Mitglieder über den Verband, über seine Vorzüge und Mängel selbstständig urtheilen, wenn sie nicht einmal die Verbands-Statuten kennen?

In jeder wahrhaft demokratischen Organisation muß die höchste Gewalt in den Händen der Gesamtheit oder deren freigestellten Vertreter sein. Demgemäß bildet der sich jährlich versammelnde Verbandstag der deutschen Gewerkvereine in jeder Hinsicht die oberste Instanz des Verbandes; er ist nach § 7. der Statuten die beratende, beschließende und beaufsichtigende Behörde, und eine Prüfung seiner Befugnisse (§ 12. der Statuten) wird unabweisbar ergeben, daß dem Verbandstage diese maßgebende, gebietende Stellung in hohem Grade gewährt ist. Der Verbandstag besitzt das vollständige Budgetrecht für Einnahme und Ausgabe; er kann die Beschlüsse und Anordnungen der Verwaltungsbehörden — des Centralrats und der Verbandsbeamten — jederzeit auf-

heben oder abändern; er kontrollirt die Verwaltung; er wählt und entläßt die Verbandsbeamten, mit Einschluß des Anwalts (der nicht einmal beschließende Stimme besitzt); er kann endlich die Verbands-Statuten selbst auslegen und abändern, falls Unklarheiten oder Mängel darin hervorgetreten sind. Wir glauben kaum, daß eine Institution demokratischer gedacht werden kann. Der Einzelne, welche hervorragende Stellung er auch einnehme, verschwindet vollständig vor dem Willen der Gesamtheit, ausgedrückt durch ihre zu diesem Zwecke frei und gleich gewählten Vertreter.

Aber mit dem Umfang der Rechte wächst auch stets die Größe der Pflichten. Liegt bei einer, nur wenige Tage zusammenbleibenden Körperschaft die letzte Entscheidung über Wohl und Wehe eines ganzen Jahres, haben die Vertrauensmänner des Vorjahres sich gänzlich vor ihr zu beugen — so ist dies auf der andern Seite auch eine schwere Verantwortlichkeit für die Wähler und Gewählten. Nur die eifrigsten, gewissenhaftesten, erfahrensten, mit einem Wort, nur die besten Vereinsmitglieder sind gut genug für eine so bedeutungsvolle Mission. Dieses Bewußtsein wird sicher auch die vielen noch bevorstehenden Wahlen zum Verbandstag leiten und bestimmen.

Neben den Wahlen giebt es aber noch eine fast ebenso wesentliche und notwendige Vorbereitung des Verbandstages — wir meinen die Stellung von zweckmäßigen Anträgen und die Diskussion der Tagesordnung des Verbandstages in sämtlichen Ortsvereinen.

Die deutschen Gewerkvereine sind jung, ihr Verband ist noch jünger; es wäre wunderbar, wenn es da nicht noch Vieles zu verbessern, zu ergänzen, zu ordnen gäbe. Erst die Erfahrung des wirklichen Lebens und Wirkens gewährt den Prüfling der ihm voraus getroffenen Einrichtungen, und es ist eine der wichtigsten Aufgaben unserer Jahresversammlungen, daß sie diesen Prüfling in vollem Maße anwenden — die Generalversammlungen für die einzelnen Gewerkvereine, welche ja innerhalb ihrer eigenen Angelegenheiten souverän sind — der Verbandstag für die gemeinsamen, der Kompetenz des Verbandes angehörenden Gegenstände — kommen die Vertreter aus allen Gewerkvereinen, und hofentlich auch aus allen Ecken des Vaterlandes mit solcher Machtbefugnis zusammen — da ist die Zeit, mit Vorschlägen und Beschwerden hervorzutreten. Dies führt zum Fortschritt, zur Entwicklung, zum Besten Aller!

Eine Reihe solcher Anträge sind denn auch, wie wir in Nr. 25 berichten konnten, dem Centralrat bereits zugegangen, und von demselben auf die Tagesordnung gesetzt worden; ebenso mehrere Anträge des Verbands-Anwalts. Wir lassen dieselben in logischer Ordnung und etwas ausführlicherer Fassung hier nochmals folgen.

1) Stellung der Ortsverbände innerhalb des allgemeinen Verbandes und Berathung von Muster-

statuten für die Ortsverbände. 2) Aufstellung fester Grundzüge für Arbeitseinstellungen, insbesondere betreffs Unterstufungen der reisenden Striker. 3) Schiedsgerichte und Einigungsämter. 4) Produktivgenossenschaften (beide letzteren Gegenstände in sehr naher Beziehung zu Punkt 2!). 5) Uebernahme der Entschädigung für die Centralrats-Sitzungen auf die Verbandskasse (bisher von den Gewerkschaften getragen). 6) Aufnahme der Ehefrauen in die Invalidenklasse mit dem nämlichen Beitrag wie der Mann, berath, daß sie nach dem Ableben des Mannes dasselbe Invalidengeld als Pensionsgeld erhalten, bis zu ihrer Wiederverheirathung. — Amendement hierzu: Gründung einer Wittwenkasse. 7) Empfehlung eines einheitlichen Wochenbeitrags für alle zum Verbands gehörigen Vereine. — Den achten Punkt, Bestätigung der Geschäftsordnung des Centralrats, führen wir nicht mit auf, weil derselbe ebenso, wie die Bestätigung aller anderen Beschlüsse des Centralrats, die Entgegennahme des Jahresberichts und Jahresabschlusses, die Feststellung der Einnahmen und Ausgaben u. s. w. unbedingt durch die Verbandsstatuten geboten ist.

Daß der größte Theil der oben mitgetheilten Anträge von weittragender Bedeutung für unsere Organisation und Bestrebungen, aber auch sehr schwieriger Natur ist, wird gewiß Niemand in Abrede stellen. Solche Gegenstände dürften aber, bei aller voraussetzenden Lichtigkeit der Delegationen, nicht unvorbereitet dem Verbandstage überlassen werden. Für geeignete Referenten wird unzweifelhaft der Centralrat sorgen; Sache der Orts- und Generalversammlungen ist es, sich und ihren Vertretern durch Diskussion ein selbstständiges Urtheil, oder doch verwendbares Material und einen Einblick in die überwiegenden Ansichten und Wünsche ihrer Mitglieder zu verschaffen. Was für die Land- und Reichstage die Kommissionen, das müßten für unseren Verbandstag — der keine Zeit zur Kommissionsberathung hat — die Vorberathungen in den Einzelvereinen sein. Noch eins. Zeugen wir uns nicht, daß es häufig, besonders in den kleineren Ortsvereinen, an geistiger Anregung fehle. Nun wohl, in der Tagesordnung des Verbandstages ist Stoff und Gelegenheit vollauf gegeben.

Es möge denn in den nächsten Wochen eine frische, kräftige Bewegung durch alle unsere Vereine gehen, die Gemüther erheben, die Geister flären, die Willen flären — ein unwiderrlegliches Zeugniß, daß es freie, selbstbewußte Kräfte sind, die in dem Verbandstag deutscher Gewerkvereine gipfeln! —

Am 18. Mai 1869 trafen 8 Gewerkvereine, darunter mehrere kaum begründete, nebst einer Anzahl Ortsvereine zu dem constituirten Verbandstage zusammen; nur 6 Gewerk- und 3 Ortsvereine jedoch erklärten ihren definitiven Beitritt zum Verbands. Am 19. Juli 1869 führte ein außerordentlicher Verbandstag zur Verbesserung der Statuten und zum Anschluß des Gewerksvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter. Jetzt, nachdem kaum ein Jahr verlossen, umfaßt unser Verband 13 Gewerk- und mindestens ebenso viel selbstständige Ortsvereine in allen Theilen des großen Vaterlandes. Bei solcher Entwicklung dürfen

Erscheint jeden Sonntag.
Wöchentliches Abonnement:
Preis: 1/4 Ggr. = 24 St. Gd.
besitzl. Expedition: Linden-
straße 27. Alle Bestellungen,
für Berlin alle Zeitungs-Expe-
ditionen, nehmen Bestel-
lungen an.

Bei Abonnement von mindes-
tens 3 Exemplaren unter einer
Decke steht an den Orts-
vereinen Dr. Max Hirsch, Eich-
hornstraße 2) tritt der em-
pfohlene Preis von 2 Ggr. = 24 St.
von Best. ein, welche franco
eingesendet sind.

wir wohl mit großen Hoffnungen dem ersten ordentlichen Verbandstage des 28. August 1870 entgegenzusehen!

Verbandstag.

§ 8. Der Verbandstag der deutschen Gewerksvereine tritt alljährlich, in der Regel im Spätherbst, abends 6 Uhr in den verschiedenen Theilen Deutschlands zusammen. Seine Berufung erfolgt durch den Centralrat und ist ohne Angabe der Tagesordnung 10 Wochen und mit Angabe der Tagesordnung mindestens 6 Wochen vor der Eröffnung durch das Verbandorgan zweimal bekannt zu machen.

§ 9. Der Verbandstag besteht aus den Abgeordneten der verbundenen Gewerks- und selbstständigen Ortsvereine. Die Abgeordneten der Gewerksvereine werden von den Generalsammlungen gewählt, jedoch so, daß Ortsvereine unter 500 Mitgliedern sich mit anderen Ortsvereinen zur Wahl eines Abgeordneten vereinigen können. Das Nähere hierüber bestimmt die Geschäftsordnung. Jeder Abgeordnete hat nur eine Stimme. — Dem Anwalt gebührt nur beratende Stimme im Verbandstag.

Die Verhandlungen der Verbandstage sind für die Mitglieder der Gewerks- und Ortsvereine öffentlich, jedoch kann durch Beschluß des Verbandstages die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden.

§ 10. Der Verbandstag wählt jedes Jahr sein Bureau, bestehend aus einem Vorsitzenden, zwei Stellvertretern und zwei bis vier Schriftführern aus den rüchmberchtigten Abgeordneten vermittelst Stimmzetteln. Diese Wahl sowie die Bestimmung der Reihenfolge der Tagesordnung, soll wö möglich in einer Sitzung am Vorabend der eigentlichen Verammlung vorgenommen werden.

Anträge müssen in der Regel 8 Wochen vor Eröffnung des Verbandstages dem Centralrat schriftlich eingekandt werden. Später eingehende Anträge kann, bis 4 Wochen vor Eröffnung der Centralrat, später nur der Verbandstag mit 2/3 Majorität für dringlich erklären; ausgenommen Anträge wegen Ausperrungen, Arbeitsentstellungen und Geschäftsforderungen, welche stets für dringlich zu erachten sind.

§ 11. Die Abstimmungen erfolgen in der Regel durch einfache Majorität vermittelst Handaufheben. Beschlüsse mit verbindlicher Kraft für die Gewerks- und selbstständigen Ortsvereine sind dagegen durch Namensaufrost festzustellen, und erfordern, falls es sich um Abänderung der Statuten, und Invalidentafeln-Statuten, oder um außerordentliche Geldbewilligungen handelt, die 2/3 Majorität der abgegebenen Stimmen. Die Vertreter berechtigter Gewerks- und Ortsvereine, welche der Invalidentafeln nicht angehören, enthalten sich in allen Angelegenheiten der Invalidentafeln der Abstimmung. — Das Gleiche gilt im Centralrat.

§ 12. Der Verbandstag bildet die oberste Instanz für alle Angelegenheiten des Verbandes und hat insbesondere über Folgendes zu beschließen:

- 1) den Jahres-Abschluß der Verbände- und der Invalidentafeln, auf Bericht der Verbände-Revisoren;
- 2) die Feststellung der Verbände-Beiträge für das nächste Jahr und die Bewilligung des Ausgabe-Budgets des Verbandes, mit Einschluß der Beamten-Gehälter;
- 3) die Genehmigung, Modifizierung oder Aufhebung der vom Centralrat oder vom Anwalt in dringlichen Fällen etwa getroffenen Anordnungen; sowie überhaupt die Kontrolle über die Geschäftsführung und Leitung des Verbände-Organs;
- 4) die Auslegung und Abänderung der Verbände-Statuten und Verbände-Beschlüsse, sowie der Invalidentafeln-Statuten, letztere vorbehaltlich der erforderlichen obrigkeitlichen Genehmigung;
- 5) die Vertretung der allgemeinen Interessen der Gewerksvereine gegenüber den Arbeitgebern, den Behörden (insbesondere der Gesetzgebung) und dem Publikum;
- 6) die Einlegung eines Verbände-Schiedsgerichts, und die Beschlußfassung im Falle größerer Ausperrungen, Arbeitsentstellungen und Geschäftsforderungen, sobald dieselben zur Zeit des Verbandstages bevorstehen oder stattfinden;
- 7) die Wahl und Abfertigung des Verbände-Kassiers, der drei Verbände-Revisoren und des Anwalts der deutschen Gewerksvereine;
- 8) die Ausschließung solcher Gewerks- und Ortsvereine, welche ihre statutemäßigen Verpflichtungen (§ 4) nicht erfüllt haben;
- 9) die Anstrengung und Aufrechterhaltung eines internationalen Bundes der sämtlichen Gewerksvereine.

Die näheren Bestimmungen über Vorbereitung und Leitung des Verbandstages enthält die demnächst vom Centralrat zu erlassende, vom Verbandstag zu genehmigende Geschäftsordnung.

Wochenchau.

(Zu den Knappschaffskassen. — Verfügung in Betreff der Steinmehlen. — Wieder eine Maßregelung. — Das Genossenschaftswesen. — Zum Programm der Fortschrittspartei. — Aus Hamburg.)

Ein ministerieller Circularerlass an die preussischen Oberbergämter macht auf durchaus notwendig gewordenen, bald vorzunehmenden Änderungen in den Knappschaffskassen aufmerksam. Die durch das Freizügigkeitsgesetz v. v. veränderte Lage der Gesetzgebung, sowie die hierdurch herbeigeführte friere Bewegung der Bergwerkseigentümer und Bergleute, bedingte diese Revision, indem bei Letzteren im Zusammenhange mit früheren Rechtszuständen der Verlust der Knappschaffsrechte an das Aufgeben der bergmännischen Thätigkeit geknüpft sei. An einem solchen Aufhebungsgrunde der Knappschaffsrechte könne in der Folge nicht mehr festgehalten werden, da die einseitig von den Bergwerkseigentümern zu erlassenden Arbeitsordnungen wohl die Entlassung des Bergmanns, nicht aber dessen Entlassung aus dem Knappschaffsvereine zur Folge haben dürften. Bei Revision der Statuten der betreffenden Vereine werde daher dieser Aufhebungsgrund der knappschafflichen Rechte zu beseitigen sein. Es erscheine angezeigt, dem dauernden Verlassen der Bergarbeit, sei es ein freiwilliges oder erzwungenes, nur die Wirkung beizulegen, daß die betreffende Person freie Kur, Arznei und den Krankenlohn verliert, sich dagegen bei Fortzahlung der Beiträge den Anspruch auf die übrigen Benefizien, wie Invaliden-, Wittwen- und Waisenunterstützung bewahre, dagegen behalte sie selbstverständlich die Ausübung aktiver und passiver Wahlrechte beim Knappschaffsvereine nicht.

Wir finden diese Revision, die wenigstens die wichtigsten Uebelstände beseitigt, immer noch nicht weitgreifend genug; denn so lange die Bestimmung noch weiter besteht, daß trotz der weiter gezahlten Beiträge freie Kur, Arznei und sog. Krankenlohn aufhört, bleibt der Verwaltungen, wie es sich bei Gelegenheit des Waldenburger Streites offen zeigte, immer noch eine wichtige und scharfe Waffe gegen die Arbeitnehmer. Jede Kasse sollte doch, denken wir, für gleiche Beiträge, gleiche Leistungen gewähren.

Alle derartige Kasse, die den Klassen immer noch trotz aller Revisionen anhaften bleiben, mahnen immer von Neuem, mit Energie die Bestrebungen nach freien Kassen fortzusetzen.

Der erste Schritt, den der Orts-Verein der Steinmehlen und Steinhauer getan, um Abhilfe gegen die Verurteilung activer Militärpersonen zu dem Zweck, Lohnarbeiten zu übernehmen, zu schaffen, ist ein erfolgloser gewesen. Der Vorstand des Vereins hatte sich an die Kommandantur zu Berlin gewandt, die ihm ertheilte Antwort, gesteht zwar die Thatfachen zu, findet aber in einer derartigen Verurteilung nichts Ungesetzliches. Wir sind begierig, ob die Beschwerden, die nunmehr in die höheren Instanzen gehen werden, einem gleichen Schicksal unterliegen werden, oder ob an maßgebender Stelle derartige, den Arbeitern schädliche Verhältnisse gebühlichst werden. Der Verein wird keinen Weg scheuen und schließlich selbst bei dem Reichstage seine begründeten Beschwerden vorbringen, damit definitiv festgestellt werde, ob Staatsbürger zum Militärdienst herangezogen und auf Staatskosten ernährt werden dürfen, um den Arbeitern Konkurrenz zu machen. Solche Arbeit dünkt und wahrlich noch verwerflicher als die alleseitig verurtheilte Zucht hausarbeit.

Die „Freie Zeitung“, das Organ Wende's, läßt sich aus Mangel von einer neuen Arbeitermaßregelung schreiben, welche der Oberpräsident von Hannover, Graf Stelberg-Wernigerode veranlaßt hat. Derselbe habe, schreibt sie, den Arbeitern in seinen dortigen Kohlengruben am 17. Mai verkündet lassen, daß sie nicht nur aus dem „Allgemeinen deutschen Arbeiterverein“ austreten, sondern das Versprechen ablegen müßten, nie mehr einer Arbeiterverammlung beizuwohnen, oder sie würden sonst am 1. Juni unabweislich aus der Arbeit entlassen. Ein Gleiches sei den Waldarbeitern

geschehen. Diese Drohungen gingen jetzt in Erfüllung, die Entlassungen haben begonnen. Es soll sich um Tausende von Arbeitern dabei handeln.

Wenn auch die Zahl von „Tausenden“ zu hoch gegriffen ist, so betrifft dies Verbet dennoch immer gegen 300. Dem allseitigen Tadel der gesammten Presse gegenüber suchen die Beamten ihr Vorgehen zwar zu entschuldigen und fügen, naiv genug, hinzu: „Nur fünf Arbeiter hätten sich dieser Maßregel nicht gefügt, die übrigen seien aus dem Vereine geschieden. Gerechte Forderungen und Wünsche der Arbeiter würden beim Grafen zu Stolberg immer Gehör finden und um diese geltend zu machen, bedürfte es keiner Menbeschen Vereine.“ — Eine gerechte Forderung des Arbeiters ist, daß der Arbeitgeber ihn in der freien Uebung seiner bürgerlichen Rechte, also auch des Vereinseinkochtes, nicht hindere und wir vermuthen, daß diese Art, den sozialen Frieden zu erhalten, vielmehr direkt auf den entgegengegesetzten Erfolg hinarbeiten wird.

Das Genossenschaftswesen aller der zahlreichen auf die Prinzipien von Schulz-Dehligsh gegründeten Vereine giebt uns allerseits das Bild erfreulichen Fortschritts, reger Theilnahme und allseitiger Anerkennung. Ueberall werden Beratungen der einzelnen Provinzial-Verbände abgehalten und überall legen sie Zeugniß ab, daß sie den höchsten an sie gestellten Erwartungen entsprechen. So tagten bereits theils unter Aufsicht des Anwalts der deutschen Genossenschaften Schulz selbst, theils unter dem Sekretär Dr. Schneider, der Verband der Ober-Kauff, die Verbände in Sachsen, Baiern, in der Rheinprovinz, Pommern, Mecklenburg u. c.

Wir erwähnen an dieser Stelle den vierten Punkt des Programms der Fortschrittspartei, weil in ihm die Stellung dieser Partei, welcher zahlreiche Mitglieder unserer Vereine angehören, zur sozialen Frage bezeichnet wird. Derselbe lautet: „Weiches Recht für Alle! — Allgemeines gleiches Wahlrecht, wie imunde, so auch in den Einzelstaaten. — Gleiche Möglichkeit zur humanen und bürgerlichen Ausbildung durch die Freiheit des Unterrichts und Uebernahme der Kosten der Volksschule auf den Staat. — Saug für Leben und Gesundheit der Staatsbürger. Gewährung der vollen Freiheit und Rechtshöherheit des Vereinswesens. — Abweisung jeder Ausbeutung des Staates für die Sonderinteressen einzelner Gesellschaftsklassen, mögen dieselben Seitens der bisher privilegierten Stände oder Seitens der sozialistischen Arbeiterparteien geltend gemacht werden.“ Als Mitunterzeichner dießes Programms finden sich unter den Namen der Führer der Partei auch mehrere unserer Freunde, die theils in der Gewerksvereinsbewegung, theils in den Arbeitervereinen durch ihre Thätigkeit bekannt geworden sind. Es sind dies die Herren: Andreaß, Blum, Dunsel, Dr. Max Pirch, Rob. Krebs, Landgraf, F. Schmidt, Thorabe und Waldow.

Ein Telegramm aus Hamburg vom 30. Juni lautet: „Gestern fanden hier Ausschreitungen der strikten Arbeiter statt, bei welchen es zu Konflikten zwischen denselben und Polizeibeamten kam. In Folge einer seitens der Polizeibehörde erlassenen Vorladung des Strikerkomitees verammelten sich heute an 2000 Arbeiter während des Verhörs der Komiteemitglieder vor dem Stadthause: die Polizei schritt mit blanker Waffe ein, trieb die Menge auseinander und nahm zahlreiche Verhaftungen vor. Für heute Abend sind umfassende Vorichtsmaßregeln getroffen worden.“

Gewerksvereins-Heil.

Aus Berlin.

§ Im Orts-Verein der Bildhauer und Verlagswesen sind die Herren Schönfelder und Krobol zu Revisoren und Hr. Josa zur Vertretung in den Ortsverband gewählt worden. Die Erinnerungsgeldscheine der restirenden Mitglieder sind ebenfalls abgeliefert.

§ In der am 23. Juni abgehaltenen Ortsversammlung der Cigarren- und Tabaksarbeiter, erfolgte die Neuwahl des Vorstandes. Es wurden gewählt zum: Vors. A. Fensler; Stellv. Schönbrod; Sekr. Rabe, Kousenauer No. 2d.; Kass. Hilfig, Ackerit. No. 1.; Kontrollr. Wulow; Beis. Frank, C. Jschau, Jacobig, Kue, Berrtermann, Bäumer, Göde. Hierauf Bezug nehmend erludte ich die Hrn. Sekretäre, Briefe in Vereins-Angelegenheiten an meinen Nachfolger, Hrn. Rabe, Kousenauer 2d. zu richten.

A.eyer, Sekr.

§ In der Versammlung des Ortsvereins der Coloristen am 25. ds. wurde beschlossen, die noch für die

Waldburger bestimmten 23 Egr. den Bergolbern zu überweisen. Eine noch vorgenommene Sammlung ergab ein gutes Resultat. Ferner wurde beschlossen, die noch in der Kasse vorhandenen Scheine der Waldenburger zurück zu geben und unsere Sammlung damit zu schließen. Hierauf wurde das Verbandsstatut verlesen und einstimmig angenommen; zum Vertreter in den Verband wurde Hr. Hindling gewählt.

A. Steinführ.
In der am 25. v. M. stattgefundenen Versammlung des Ortsvereins der Fabrik- und Handarbeiter wurde beschlossen, dem Berliner Ortsverband auf Grund des für denselben vom 1. Juli d. J. ab in Kraft tretenden Statuts auch fernerhin anzugehören; als Vertreter für die Zeit vom 1. Juli bis ultimo December d. J. wurden die Hrn. Rohrmann und Sommer gewählt. Ein Vortrag des Hrn. Richter über die im Handwerkerortverein gehaltenen Reden des Hrn. Schüge-Belisch wurde mit großem Beifall aufgenommen. Abhandlung wurde noch beschlossen, eine gemeinschaftliche Landpartie zu machen, und für die zu treffenden Arrangements eine Kommission niedergesetzt.

C. Wald, Sectr.
In einer am Sonntag stattgehabten allgemeinen vom Ortsverein berufenen Versammlung der hiesigen Maschinenbauer referierte Hr. Andreat über die Verordnung des Majorsrats in Betreff der Vornachnahme bei rückständigen Krankengeldern und über das Vornachrecht, sowie zugleich über die Petition wegen Aufhebung der Zwangsabgabe. In kurzen, treffenden Worten wies er nach, daß Krankengeldgeber keine Communaltuern seien, mithin der Majorsrat zu seiner Verfügung nicht berechtigt sei und die Arbeitgeber zur Zurückhaltung des fälligen Lohnes durchaus nicht verpflichtet werden könnten. Er forderte einfach die Arbeiter auf, sich eine derartige Gesperrwidrigkeit nicht gefallen zu lassen, eventuell den Rechtsweg zu betreten. Schließlich empfahl Redner die Petition. Die Versammlung trat den Ausführungen ohne Widerspruch einstimmig bei. — Der zweite Gegenstand der Tagesordnung betraf die Stellung der Maschinenbauer zu den bevorstehenden Wahlen. Nach langer Discussion beschloß die Versammlung auf Antrag des Hrn. Andreat für die Wiederwahl der Abgeordneten der entschiedensten liberalen Parteien mit aller Kraft einzutreten zu wollen.

In der Versammlung des Ortsvereins der Sattler am 25. Juni, wurde u. A. mitgeteilt, daß die Kranken-Kassen-Statuten, abermals von der Regierung unbeschädigt zurückgeschickt sind. Ferner wurde vom Generalrat der deutschen Redarbeiter ein Antrag eingebracht, folgendermaßen lautend: „Jedes Generalrats-Mitglied hat Zutritt und beratende Stimme in jeder Ortsversammlung der verschiedenen Berufsweige, welche zum Gewerkeverein der deutschen Redarbeiter gehören.“ Nachdem die Gründe, warum dieser Antrag eingebracht, klar dargelegt, wurde derselbe angenommen. Ebenso wurde der Beitritt zum Berliner Ortsverband beschlossen. **Wibb. Gommlich.**

In der am 27. Juni stattgehabten Versammlung des Orts-Vereins der Schuhmacher, wurde das Orts-Verbands-Statut beraten, und auf Grund dieses Statuts beschlossen, im Verbands zu bleiben resp. demselben beizutreten. Ein Antrag des Ausschusses, dahin gehend, der Verein möge beschließen beim Verbandstage zu beantragen, die Benennung des Generalrats so wie dessen Beamteten dem Arbeiter-Stande entsprechend zu ändern, fand allgemeine Anerkennung und einstimmige Annahme der Versammlung. Der Verein schlägt vor, statt Generalrat zu sagen: der ständige Ausschuss des Gewerke-Vereins. Ferner erfolgte die Neuwahl des Ausschusses und besteht derselbe jetzt aus nachstehenden Personen: Vori. G. Caland; Stellv. P. Doff; Sectr. G. Herrtrampf, Schönholzerstraße 2.; Cass. H. Kraus, Friedr. Str. 177, G. r. 3. Et.; Contr. G. Pfeiffer; Beil. Altbauern, Vahl, Lehmann, Nord-Kuwisch; Rev. die Herren Weg, Zant, Hing.

Kord-Kuwisch, j. J. Sectr.
In der Versammlung des Königsstädtischen Ortsvereins der Tischler und Berufsgenossen am 25. Juni, hielt Hr. Gabel einen Vortrag: „Ueber die Sonntagsarbeit.“ Redner bewies in einem eben so gelingenen, wie ausführlichen Vortrage, daß die Sonntagsarbeit vom sozialen und moralischen Standpunkte aus betrachtet, für den Arbeiter nur verderblich, und keineswegs nubringend sei. Ferner wurden die Statuten des Verbandes der Berliner Dreis-Vereine beraten und folgender Antrag einstimmig angenommen: es ist hinter die Worte des § 4. von den Beschlüssen des Verbandes nachzukommen.“ zu setzen: „Wenn sie nicht mit der Generalversammlung eines Gewerkevereins oder Generalrats im Widerspruch stehen.“ Sodann wurde der Monatsbericht pro Monat Mai abgelesen und in Stelle des Hrn. Reutrich, der sein Amt niedergelegt, Hr. Welle als Beisitzer gewählt.

Hurt Richter, Sectr.
In der am 13. Juni unter Vorsitz des Hrn. Binner im Cafe nationale abgehaltenen Monatsversammlung des Verbandes der Ortsvereine kam zunächst die Angelegenheit der Kranken-, Begräbnis- und Sodalitäten zur Verhandlung. Der Vorsitzende hielt einen eingehenden Vortrag, in welchem er darauf hinwies, wie wichtig es für jeden Arbeiter sei, sich diesen auf dem Orts-

zipp der Selbsthilfe gegründeten Kassen anzuschließen, um seine Familie vor Verfall oder Armut zu schützen. Irrig sei die unter der Arbeitermasse verbreitete Meinung, daß diese Kassen zu teuer seien, es sollte sich doch Jeder erst überzeugen, was die Zwangskassen und was die freien Kassen leisten. In der sich anschließenden Discussion erklärte Hr. Reutrich, daß er mit der Scala der zu leistenden Beiträge nicht einverstanden sei, es sollte ein einheitlicher Satz für alle Arbeiter gelten; wogegen Hr. Binner fragte, wie diese Einheit zu ermöglichen sei? Hr. Binner ist der Meinung, daß für jetzt wohl, in der Uebergangszeit, die dreistufige Scala werde beibehalten werden müssen. — Der folgende Gegenstand der Tagesordnung betraf eine an den Bundesrat zu richtende Petition, um für diese freien Kassen nach den von Schüge-Belisch aufgestellten Grundrissen die volle Freiheit zu erlangen. Die Petition wurde von Hrn. Lebrich bekräftigt. — Zuletzt wurde noch beschlossen, an Hrn. Ober-Inspektor Dittmann, der seit längerer Zeit durch anhaltende Krankheit verhindert ist, seine Kraft wie sonst, den Bestimmungen der Ortsvereine zu widmen, ein Anerkennungs- und Dankschreiben für seine langjährige hingebende Wirksamkeit für die Interessen der Arbeiter zu senden.

H. Bromberg. Der Ausschuss des D.-B. der Maschinenbauer- und Metallarbeiter bezieht nach der Neuwahl aus folgenden Herren: Kupfermeister Moriz Schmidt, Vori.; Hünepeter, Stellv.; Ringel, Sectr.; Bohndorf, Kass.; Jochen, Kontroll.; Wümkle, Gabelweh, Bretschneider, Lange, Heß, Kodel, Goldhust, Kriegl, Köppl und Krüger, Beisitzer; Rump und Marienburg, Revisoren.

Kingel, Sectr.
In der Versammlung der Maurer und Steinbauer hatte sich durch freiwillige Beiträge in den Besitz einer Fahne gesetzt und beging vergangenen Sonntag, vom schönsten Wetter begünstigt, im Garten des Vereinslokals das Fest der Fahnenweihe. Nachdem durch eine Deputation festlich geschmückter Jungfrauen, von denen eine einen auf die Bedeutung des Festes bezüglichen Prolog gesprochen, die Enthüllung und Uebergabe der Fahne stattgefunden, hielt Hr. Polle die Festrede, anknüpfend an die Inschrift der Fahne: „Brüder reicht die Hand zum Bunde — Einigkeit macht stark — Friede dem Capital.“ Unter massenhafter Beteiligung seitens der Bevölkerung marschierte hierauf der Zug, an dessen Spitze ein Musikcorps, durch die Straßen der Stadt, in der mehrere Häuser mit Blumenzweigen und Transeparanden geschmückt waren, nach dem Schützenbause, wo Concert und Ball die Festgenossen bis zum frühen Morgen zusammenhielt. Noch spät Abends erstreute uns auch Hr. Banghart durch seine Anwesenheit und richtete einige Worte an uns, die mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurden. — An demselben Nachmittag fand in der Turnhalle eine vom Ortsverein der Stablarbeiter einberufene Volksversammlung statt, welche von über 600 Personen besucht war. Hr. Polle sprach in derselben über die Arbeiterfrage und deren friedliche Lösung durch die Gewerkevereine, die Petition für freie Unterfertigungskassen und die Einigungsämter. Der Vorsitzende Hr. Hermann theilte darauf noch mit, daß etliche Arbeitgeber bereits ihre Zustimmung zur Gründung eines Schiedsgerichtes erteilt hätten. Die Petition fand zahlreiche Unterchriften.

Cottbus. Ortsverein der Stablarbeiter. Bei unserer am 13. Juni vollzogenen Wahl des Vorstandes wurden folgende Herren gewählt: Aug. Herrmann Vori., Gust. Augustisch Stellv., Friedr. Schelle Sectr., Wilh. Herrmann Kass., Emil Müller Contr., Hubra, Aug. Krenke, Rob. Hanke, Karl Romanowski Beil., Herm. Dicus, Gust. Kals Revis. Ich bitte hiermit, Briefe welche vom 1. Juli an eingehen, an den Secretär Hrn. F. Schelle, Burgstraße, zu adressieren.

Dahlbrach. Der hiesige Ortsverein der Maschinenbauer- und Metallarbeiter hat einen Consumverein gegründet, der sich der lebhaftesten Beteiligung erfreut. Allen Ortsvereinen empfehlen wir gleichfalls die Gründung. Definitiv ist nunmehr als Secretär Hr. E. Bötzel gewählt.

Dortmund. Am 16. Juni wurde in einer außerordentlichen Generalversammlung des hiesigen Ortsvereins der Maurer und Steinbauer eine Krankenunterstützungskasse mit ca. 70 Mitgliedern gegründet; doch steht noch der Beitritt einer größeren Anzahl von Mitgliedern zu erwarten. — Was die Maßregelung der Bergarbeiter in Stalberge anbetrifft, so wäre es den Arbeitern jedenfalls zu empfehlen, wenn sie sich nach dem Kreise Siegen wenden, wo augenblicklich fast Vergleute, die gemohnt sind in Metallbergwerken zu arbeiten, gesucht sind und durchschnittlich bei händiger Schicht einen Lohn von 1 Thlr. bekommen. — Hier arbeiten jetzt Aleriale und Socialdemokraten zusammen. So veröffentlicht die katholische Dortmund-Beilage einen Artikel, in dem die Arbeiter zum Beitritt zu den schwergerissenen Vereinen aufgefordert werden. Nun, Gleich und Gleich gesellt sich gern.

Schwabm. a. O. Bei der am 19. d. M. stattgefundenen Generalversammlung der Maschinenbauer- und Metallarbeiter wurde an Stelle des bisherigen, durch dringende Arbeit dauernd verhinderten Orts-Secretärs eine

Neuwahl vorgenommen, und wurde an dessen Stelle der bisherige Vorsitzende Dietrich, zum Vorsitzenden der bisherige Stellvertreter Reich und zum Stellvertretenden Vorsitzenden Cassin gewählt. **C. Dietrich, Sectr.**

Guben. Im Ortsverein der Stablarbeiter u. fand am 4. d. M. die Neuwahl des Ausschusses statt und ergab folgendes Resultat: A. Mitschke Vori., Schultr. 9, Herb. Sommer Kass., Otto Heitenbaugen Sectr., Schulstr. 32, G. Koppion Kass., J. Schröder Contr., Wulding, Krefow, Drefe, Tiepe Beil., A. Schönborn und W. Henning Rev.

Potsdam. Der Ortsverein der Maschinenbauer- und Metallarbeiter hat mit seinen Sammlungen für die Korister Tuchmacher am 2. April begonnen und sind in mehreren aufeinanderfolgenden Versammlungen 13 Thlr. 17 Egr. 3 Pf. eingegangen. Davon sind 4 durchreisende Korister mit 9 Thlr. 7 Egr. 3 Pf. unterstützt und ist der Rest von 3 Thlr. 19 Egr. 9 Pf. unter beiläufig Datum an den Generalsecretär der deutschen Stablarbeiter G. Kaufmann zu Berlin, Grüner Weg 77, zugelangt.

S. Hermann, Sectr.
In der hiesigen Ortsverein deutscher Spinner hat jetzt seinen Ausschuss definitiv gewählt und besteht derselbe aus: G. Prütich Vori., A. Ulrich Stellv., Aug. Jäschke Sectr. (Nr. 143), Tr. Draglin Kass., V. Marsoth Contr., und als Beil. J. Thomas, G. Hoffmann, A. Arnold und B. Müller.

Ulm. In der Versammlung am 11. Juni des hiesigen Ortsvereins der Maschinenbauer und Metallarbeiter wurde 1) der Kasienbericht vom Kassierer vorgelegt, 2) Vorlage des Generalrats: Ausleih der Kassen, 3) Unter vor 4 Wochen gewählter Vorsitzender Schurr wurde wegen Zweifelsbehandlung gegen die Statuten, sowie gegen die Ehre und Interessen des Gewerkevereins, sowie Aufhebung der Mitglieder gegen die Arbeitgeber, seines Amtes entbunden. Da er unterem Verein sehr geschadet hat und mehrere Mitglieder der hiesigen Ausschüsse erklärt, da doch die Mehrzahl an der Sache feilhält, so waren sie genöthigt ihn abzulegen, sonst hat der Verein einer baldigen Auflösung entgegen; jedoch hoffen wir, daß der Verein jetzt seinen ungehörten Fortgang haben wird. Hr. Schurr erklärte später den Austritt aus dem Verein. Er wurde als Vorsitzender neu gewählt v. Sauer, Schlichter (Platzgasse). **Emil Sanderbau, Sectr.**

Wilmshausen. Am 11. Juni eine Versammlung von Schmiechen und Schloßern statt, in welcher der Vorsitzende des dortigen D.-B. der Maurer, Dr. Richter, über die Gewerkevereinsbestimmungen und die damit verbundenen Unterfertigungskassen ausführlich referierte und den Antrag auf Gründung eines Orts-Vereins der Schmieche u. stellte. Die Abstimung ergab eine große Majorität für die Gründung und wurde in einer zweiten Versammlung die definitive Gründung beschlossen. Die sofort veranlaßte Ausschusswahl ergab folgendes Resultat: Gerischer, Vori.; Günster, Stellv.; Müller, Sectr.; Goldmann, Kass.; Eold, Contr., Schönmann, Beil. **Ludw. Müller, Sectr.**

Arbeitervereins-Cheil.

— Der III. Verbandstag badischer Arbeiterbildungs-Vereine, der am 15. v. M. in Billingen stattfand, ist zu bedeutungsvoll, sowohl seiner behandelten Gegenstände, als auch seiner Beteiligungen wegen, als daß ein Bericht darüber den übrigen Vereinigen des deutschen Arbeiterbundes vorenthalten bleiben dürfte. Es ist derselbe besonders deshalb von größter Wichtigkeit, weil es sich diesmal hauptsächlich darum handelte, mit einer Anzahl gesinnungsgewandter, württembergischer Arbeitervereine in eine solche Verbindung zu treten, die jedem Theil im Kampfe gegen die gemeinsamen Feinde, geistige und moralische Verumpfung und unfruchtbar Phantasmen, sowie gegen lokale Widerwärtigkeiten, wesentlich kräftigen würde. Der Verband badischer Arbeiterbildungs-Vereine sollte aufhören, d. h. in einem südwestdeutschen Verband verwandelt werden. Wir können uns nicht versagen zu betonen, daß wohl selten noch eine Gauerstellung von Arbeitern mit so lebhafter und aufrichtiger Theilnahme und Zustimmung der Bürger- und Finanzwelt getagt hat, als die, der badischen Arbeiter-Vereine in Billingen. Freundliche Aufnahme und gerne gewährte Aufmerksamkeiten wurde den Vertretern und ausdauernden, aufmerksamen Theilnehmern seitens der angebesindeten dortigen Männer, wurde ihrer Arbeit zu Theil. Am dem Zuge vom Vereinslokal zum hübsch gelegenen, alterthümlichen Rathhaussaal, welcher bereitwillig für die Verhandlungen zur Verfügung gestellt wurde, beteiligten sich, unter Vorantritt eines Musikchors, etwa 300 Vereinigenossen; die nächstliegenden Vereine nämlich waren in größerer Anzahl mit ihren Rabnen in Billingen erschienen. Außer diesen waren Vertreter anwesend von den Vereinen: Pforzheim, Karlsruhe, Freiburg, Donaueschingen, Homburg, Heidelberg, Eate, Konstanz, Eorach, Staufen, Eagen, Koblitz, Zell L. B., Eßlingen, Ueberlingen, Ulberg, Eartwanger,

Nöthenbach, Baldebut, Billingen, Södingen, Trotttau, Prandenburg und Neustadt; aus Württemberg, Stuttgart, Grenzdorf und Ulm; Heilbronn, Gieppingen und Weichlingen hatten per Telegraph ihre Zustimmung zu den Beschlüssen erklärt.

Die Verhandlungen, geleitet vom Vorortvorsitzenden Herrn A. Wittum aus Pforzheim — als Schriftführer fungierten die Herren P. Kallisch aus Freiburg und W. Stöpfer aus Pforzheim, — begannen um 1/2 Uhr früh und währten mit kurzer Unterbrechung bis 6 Uhr Abends. Diese boten sehr viel Ansehenes und waren von solcher geistigen Frische und Gemüthlichkeit getragen, daß sie eine seltliche Festigung bei den zahlreich Anwesenden — der Saal war gedrängt voll, Viele mußten draußen bleiben — hervorriefen.

Aus der reichen Tagesordnung, die schon Nr. 19. des Gewerkevereins mittheilte, glaube ich einige Gegenstände hervorheben zu müssen. Nach dem Vorortbericht, welcher ein ziemlich reiches Bild der Thätigkeit des Vereinsauschusses und den deutlichsten Beweis liefert, wie sehr der Verband im letzten Jahre an Kraft und Ansehen gewonnen habe, wurde in der Beratung der Wanderunterstützung eingetreten. Diefelbe führte zu lebhaften Debatten. Der Verband hatte in 3 1/2 Monaten, während welcher Zeit sie obligatorisch eingeführt war, gegen 80 fl. für Wanderunterstützung verausgabt. In Anbetracht dieser hohen Summe, der sich durchaus nicht ein entsprechender Nutzen gegenüber stellen ließ, dieser überhaupt zweifelhaft ist, wurde sie nach heftigem Kampfe endlich doch, zur allseitigen Ueberzeugung mit 22 gegen 5 Stimmen als obligatorisch abgelehnt. — Nach Beilegung dieses Streitpunktes, denn die württembergischen Vereine wollten von Wanderunterstützung gar nichts wissen, wurde die Verschmelzung des württembergischen und bairischen Gauverbandes zu einem süddeutschen Verbande einstimmig angenommen, was lebhaftes Freude hervorrief. Nach diesem Punkt war der folgende: „Organfrage und die Stellung derselben zur Politik.“, der wichtigste, vielleicht auch folgenschwerste. Das Ergebnis der eingehend gepflogenen Debatte war der nahezu einstimmige — 1 Stimme dagegen — Beschluß: „Der Verband gründet ein eigenes, den Bedürfnissen entsprechendes Organ und glebt — genehmigt durch die von der sozialdemokratischen Partei abgetrennt seit dem Nürnberger Verbandstag überall im Verband und den einzelnen Vereinen herbeizuführende Scheidung nach dem politischen Bekenntnis, national oder antinational, — seine diesbezügliche neutrale Stellung aus und nimmt durch sein Organ direkten Antheil an den politischen Fragen und zwar in national-demokratischem Sinne.“ — Die Behandlung der folgenden Gegenstände der Tagesordnung, — Behandlung der gegenwärtigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse und die Stellung der Arbeitgeber zu den Arbeiterbildungsvereinen“ lieferte manne interessante Einblicke in die Lage der Arbeiter, sowie in die Zustände der Vereine und gab Mittel und Wege an, die vielfach vorhandenen Mängel zu beheben. — Dem Verbandstag lag noch ob, eine Anzahl tüchtiger Arbeiter zu bestimmen zur Entsendung und Berichterstattung über die Konferenz internationale Arbeiterversammlung, da nämlich in London internationale Arbeiterversammlung, da nämlich in London anerkennenswerther Weise das Greshamergesetz bairische Hande 4-Ministerium dem Vororte zu diesem Zweck 12000 fl. zur Verfügung gestellt hat. Es wurden denn auch aus den verschiedenen Hauptindustrien, Zweigen und Gegenden des Landes 10 geeignet erscheinende Arbeiter gewählt, welche die Reise nach London gemeinschaftlich machen werden.

Die Wahl des Vorortes fiel — da Pforzheim, dem für sein leiberriges Wirken ungetheilte Anerkennung gezollt wurde, entschieden eine Wiederrwahl ablehnte — auf den Verein Karlsruhe, von welchem wir die Zuversicht haben, daß er nichts verkümmern wird, was dem Verband förderlich und dienlich ist. Wir schließen diesen kurzen Bericht über den Billinger Verbandstag mit folgendem Schlusssatz: „Die aus von Nichtmitgliedern statt besuchte Versammlung gab uns ein Bild der schönsten parlamentarischen Ordnung, die Vertreter waren sich ihrer Aufgabe vollkommen bewußt, Bildung und nationales Gefühl war der Grundstein, der die Versammlung besetzte und die Verhandlungen leitete.“

Vom Mittelrhein, 21. Juni. Gestern und vorgestern wurde zu Altschaffenburg der zweite Verbandstag des deutschen Arbeiterbundes abgehalten. Die Theilnahme der Bevölkerung war eine rege, der Empfang der Delegirten ein überaus herzlich; auch die Verhandlungen waren interessant und anregend, und es kamen wichtige Abmachungen für die künftige Organisation des Verbandes und über dessen Stellung zu den Tagesfragen zu Stande. In erster Hinsicht ist hervorzuheben, daß in Zukunft das Hauptgewicht auf die Gauverbände gelegt werden soll, derart, daß auch zum Verbandstage jeweils ein Gauverbandstag ausberufen werden kann und von den Delegirten der übrigen Gauverbände auf deren Kosten besuchet werden soll; die Anregung hierzu war von mehreren Seiten gekommen, unter Anderem auch vom nordwestdeutschen Verbande, welcher für den Fall einer derartigen Organisation,

seinen Beitritt in Aussicht stellte. In diesem Sinne wurde auch beschlossen, in Zukunft hauptsächlich das Organ des erwähnten Verbandes (der Arbeiterbote) und das von den südwestdeutschen Vereinen zu gründende neue Organ zu benutzen, bez. die Verbreitung dieser Blätter und anderer etwaiger Provinzial-Organe zu fördern, als eigentliches Hauptorgan des Gesamtverbandes, in dessen den „Gewerkeverein“ festzuhalten. Ueber die Angelegenheit der Zwangs- und freien Kassen wurde im Sinne der letzteren eine Resolution abgefaßt; ebenso über die Volkserziehung, welche bis zu einem gewissen Punkte als durchaus öffentliche Angelegenheit und als das Prinzip der Unentgeltlichkeit in sich schließend, erklärt wurde. In Betreff der Fabrikanten-Vereine wurde die Erklärung abgegeben, daß man die Entschickung solcher Fabrikanten-Vereine, welche volkswirtschaftliche und soziale Bestrebungen verfolgen, keineswegs als etwas den Arbeitern Feindliches oder mit Mißtrauen von ihnen zu Betrachtendes erkennen dürfe, sondern vielmehr als etwas Wünschenswerthes, indem die Gemeinsamkeit der Interessen auf diesem Wege am raschesten zum Durchbruche gelangen werde; als Punkt einer praktischen Verständigung zwischen den Fabrikanten- und den Arbeiterbildungsvereinen seien zunächst die Schulen und die Arbeiterwohnungen, bez. Sparkasien zu betrachten. Zum Vorort wurde Bremen, und im Falle einer Ablehnung Mainz gewählt; die Revision der Kasse, welche der noch unvollendeten Abschlüsse wegen nicht wohl vorgenommen werden konnte, wurde dem Verein Pforzheim übertragen. — War somit der Stoff ein reichlicher und in befriedigender Weise zu Ende geführt, so war dagegen die Beschickung eine nur schwache. Vertreten waren der bayerische Gauverband durch die hierzu Delegirten Vereine München (Kreierabend) und Kürnberg (Gert), lobann der Verein Nürnberg (Stark); von bairischen Vereinen Karlsruhe (Gerte und Gert), Pforzheim (Küchlin), Heidelberg (Gummert), Freiburg (Zung), endlich der Verein Mainz (Stumpf und Vaidmann), Altschaffenburg selbst (Nötzig). Von Oldenburg, Altona, Bittau und Stuttgart liefen während der Verammlung schriftliche oder telegraphische Entschickungen ein. Schwabach, Ludwigsbafem, Offenbach, Bremen, welche zugesagt hatten, und zwar zum Theil in lebhafter Weise, ließen gar nichts von sich hören; auch die oberbairischen Vereine, von denen man einen Vertreter erwarten zu dürfen glaubte, blieben aus. Die Verhandlungen wurden geleitet durch Herrn Jul. Schulze als ersten und Herrn Küchlin als zweiten Vorsitzenden. Als Schriftführer fungierte Hr. Gerte und Hr. Drid von Altschaffenburg. Das Protokoll wird sämmtlichen Verbandsvereinen im Abdruck zugestellt werden. Jul. Schulze.

Verbands-Uebersicht.

Aus dem Verbands-Bureau. Diejenigen Ortsvereine und Personen, welche noch in Berlin ungenügend formulirte der Petition an den Bundestag sind, erlaube ich, zum Zweck anderweitiger Verwendung, mir dieselben umgehend einzuweisen.

Bei Neubestellungen auf das Organ, wolle man stets ganz genau die Adresse des Empfängers angeben. Ebenso muß, wenn die Bestellung durch einen andern als den wirklichen Empfänger gemacht wird, ganz bestimmt gesagt werden, unter welcher Adresse das Organ geschickt werden soll. Auch ist anzugeben, im Fall die Adressen der Empfänger gewechselt haben, an wen von jetzt ab geschickt werden soll; ferner haben die Kassierer, welche Abonnementbetrag einnehmen, stets anzugeben, für wie viel und für welchen der Empfänger des Organs der Betrag sein soll.

Sämmtliche Aufnahmungsmitglieder der Ortsvereine der Gizeararbeiten, Buchbinder, Poikamentiere, Klempner, Vergolder, Steinmeier und Steinhauer, Gerber und Lederarbeiter (Seiandbrunnen) werden zu einer Vorbesprechung über die Verbands-Delegirten-Wahl am Dienstag, den 4. Juli, Abends 8 Uhr im Café Kleineißel, Rathhausstr. Nr. 2, dringend eingeladen. Die vereinigte Kaufschürze der Klempner und Vergolder.

In der am 22. Juni abgehaltenen Generalrats-sitzung der deutschen Arbeitervereine wurde beschlossen, vom 1. August 1870 an, Mitglieder über 45 Jahre nur mit 50% Erhöhung der Beiträge nach § 4. des Kranken-kassenstatuts in die Kranken- und Begräbniskasse aufzunehmen. Ferner wurde der § 14. der Gesellschaftsordnung des Gewerkevereins dahin erweitert, daß Generalratsmitglieder und General-Revisoren eine Abstimmung das Wort erhalten und in jeder Verammlung Zutritt haben. Sämmtliche Orts-Vereine, welche die Mitgliederemplare bereits an das Verbandsbureau besagt, erhalten wir, umgehend Mittheilung zu machen, im andern Falle das Geld an mich einzulösen; dies letztere überhaupt von jetzt ab immer zu thun.

3. Coblenz, Vorf. G. Hertrampf, Gen.-Sekr. Gewerkeverein deutscher Stuhlarbeiter zc. Laut Beschluß des Generalrates vom 23. Juni c. ist die

Generalversammlung auf den 31. Juli c. festgesetzt und wird hiermit nach Berlin berufen.

Alle Anordnungen, sowie Tagesordnung, bleiben wie bei der verletzten General-Versammlung und ist den neu gegründeten Vereinen zugestell worden. Zugleich erlaube mir alle Vereinsvorstände am pünktlichsten Eintenden des letzten Monats (Juni) Abschlusses bis spätestens den 15. Juli an den Generalsekretär. Auch empfehlen wir allen Orts-Vereinen, welche mehr als einen Delegirten zu senden hätten, auf unsere geschwächten Kassenverhältnisse Rücksicht zu nehmen und danach den § 36. des Verband-Statuts zu beachten. Kleineren Vereinen ist anurathen, ihre Mandate nebst Wünschen, anderen die Generalversammlung besuchenden Vereins-Mitgliedern zu übertragen. Jedenfalls erbitten wir aber bis zum 15. Juli c. genaue Angabe der Namen und Zahl der gewählten Delegirten.

Jedem Delegirten muß ein Mandat ausgestellt werden. Berlin, den 28. Juni 1870.

Der Generalsekretär des Gewerkevereins der Stuhlarbeiter zc. B. Hildebrandt, Vorf. Th. Kaufmann, Generalsekret. Grüner Weg 77.

Gewerkeverein der deutschen Schneider und Berufsgenossen. Einige Vereine, die mit den Monatsabschlüssen im Rückstande sind, werden dringend ersucht, dieselben allmonatlich einzulösen, sowie das zugegangene Buchschreiben zu besorgen und mir das Resultat möglichst schnell mit zu theilen. A. Zanfen, Gen.-Sekr.

Die Buchbinderei von J. Wendt, Breitestr. 1. in Berlin, empfiehlt sich den geehrten Vereinsmitgliedern, sowie den Vorständen der Gewerkevereine zur Anfertigung aller Arten Buchbinderarbeit zu den solidesten Preisen.

Vom 1. Juli ab befindet sich meine Wohnung Kehlbergstr. 28, vorn 1. Treppe. Gabel, Vorf. d. Centralrats.

Verloren: Am Freitag, den 24. Juni, habe ich in der Sitzung der Centralrats der deutschen Gewerkevereine, Rosenfalterstr. 38, mein Notizbuch liegen lassen. Da nach Aussage des Keilners einer der anwesenden Herren, behufe Uebermittlung, dasselbe an sich genommen hat, so bitte ich dringend um baldige Zulassung. G. Hertrampf, Schönholzerstr. 2.

Bei Th. Kaufmann ist ferner für Hertrampf eingegangen: Von Hrn. Laubensprodt durch Fleming 2 Sgr. Aus Potsdam durch Hrn. Wilh. Koch 3 Thlr. 17 Sgr. 9 Pf.

Versammlungen. Gen.-Rath der deutschen Arbeitervereine, Donnerstag d. 7. ds. Ab. 8 1/2 Uhr, Rosenfalterstr. 38. — D. V. der Maurer, Montag d. 4. ds. Ab. 9 Uhr bei Streich, Neue Friedenstr. 44. — D. V. der Buchbinder zc., Sonnabend d. 2. ds. Ab. 8 1/2 Uhr im Café Kadenberg, Dresdenerstr. 85. L. D.: Vereinsangelegenheiten, wichtige Anträge. — Erster D. V. der Tischler zc., Veri. Sonnabend d. 2. ds. Ab. präcise 8 1/2 Uhr im Prinzen-Garten, Prinzenstr. 80. — L. D.: Vortrag des Hrn. Panbagitz Zimmermann über die Sinneerregung des Menschen, Diskussion über die Generalkrankenkasse. — D. V. der Fleischnhauer und Metallarbeiter, Sonnabend d. 2. ds. Ab. 8 Uhr Gartenstr. 13—14. L. D.: Bericht des Controlleurs pro Monat Juni, Petition, Verbandsstatut, Anträge vom Ausschuss der Krankenkasse, Gesellschaftliche Mittheilungen. — D. V. der Coloristen, Sonnabend d. 2. ds. Ab. 8 1/2 Uhr. L. D.: Wichtige Vereinsangelegenheiten. — D. V. der Poikamentiere zc., Montag d. 4. ds. Ab. 8 Uhr Kiehlstr. 10. L. D.: Fortsetzung der Beratung wegen Anschließ an den Gewerkeverein der Stuhlarbeiter, Antrag wegen Austritt aus der Zwangskasse-Kassenbericht.

Briefkasten. Weinrich, Oldenburg. Abichluß erhalten aber kein Geld, wo bleibt daselbe? — Köpfn, hier. Dank für die Nachricht. Die nächste Zahlung für Ihre Bekleidung dürfte das Kriegeministerium sein. Indem Sie auf die in Ihren Händen befindliche Besorgung Bezug nehmen, wollen Sie besonders betonen, daß jene Leute auch für Privatarbeit gearbeitet haben. — Schröder, Guben. Für Pafsen bekommen Sie ferner keine Exemplare. — Heuser, Greifswald. Das Verbandsstatut der Berliner Arbeitervereine steht im Gewerkeverein Nr. 24. Die Ihnen übersendeten Bücher kosten 1 Thlr. 24 Sgr. — Schulz, Breslau. Hr. Heidrich erhielt kein Exemplar, ferner das vom Generalrat besagte Mitgliederemplar für den Ortsverein der Goldarbeiter, das nimmer Ihnen zugewandt wird. Vom Krankenkassenstatut erhalten Sie das letzte Exemplar.

Druckfehler-Berichtigung. In der Ansprache „an unsere Leser und Freunde“ in voriger Nr., ist leider ein sinnentstellender Druckfehler übersehen worden. In Absatz 2, Zeile 4 muß es heißen statt „als letzte Waffe“ — „als beste Waffe“ gegen die immer zurückdringenderen Angriffe dieser Leute.“ Die Redaktion ist sehr weit entfernt zu glauben, daß die wieder von uns angewandten Waffen gegen die Cassallener unwirksam gewesen — ganz im Gegentheil!